

Familien und ihre Politik oder: Die Politik und ihre Familien

Am 24. Oktober 2009 fand die Jubiläumstagung anlässlich 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern (AGF) und 40 Jahre Landesbeirat für Familienfragen statt. Zum Thema „Familien und ihre Politik“ luden die drei bayerischen Familienverbände, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung gemeinsam mit der Hanns-Seidel-Stiftung zum Gespräch ein und über 150 Teilnehmende sind dieser Einladung gefolgt. Mit Vorträgen von Prof. Dr. Hans Bertram, Vorsitzender der Kommission zur Erstellung des 7. Familienberichtes der Bundesregierung, und Jürgen Borchert, Richter am hessischen Landessozialbericht, und einer Podiumsdiskussion, zu der auch Frau Staatsministerin Christine Haderthauer und der derzeitige Sprecher der AGF, Prof. Dr. Schröter vom Familienbund der Katholiken, zur Verfügung standen, wurde die Fragestellung „Sind die Familien für die Politik oder die Politik für die Familien da?“ beleuchtet.

Herr Prof. Dr. Bertram legte in seinem Referat den Schwerpunkt auf Erkenntnisse und Perspektive aus der aktuellen Familienforschung und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Lebensgestaltung von Familien. So wurde zentral deutlich, dass Familien nicht mehr souverän über ihre Zeit entscheiden können, dass das Lebensmodell der Eltern über den Wohlstand ihrer Kinder entscheidet und gesellschaftliche Teilhabe durch das deutsche Bildungssystem verhindert wird. So prägen heutzutage lange Ausbildungs- und berufliche Einstiegsphasen sowie späte ökonomische Selbstständigkeit die Lebensläufe von jungen Menschen und lassen wenig Platz für Partnerschaft, Familiengründung und Kinder lassen. Bertram konstatierte, dass die Genera-

tion Praktikum so sehr damit beschäftigt sei, den Einstieg in die Gesellschaft über die Erwerbsarbeit zu finden, dass private Anliegen auf der Strecke bleiben. Und hätten die jungen Menschen dann einen Arbeitsplatz, würden ihre private Zeit durch die enorme Flexibilisierung der Arbeitszeit insgesamt immer weniger kalkulierbar. Die Hoheit über die Zeitsouveränität läge in Deutschland eben vor allem bei den Arbeitgebern.

Nicht nur eine Frage des Geldes

So würde es nach Bertrams Ausführungen nicht ausreichen, Familien mehr Geld zu geben. Man müsste ihnen vielmehr helfen, die Zeitverdichtung zu entzerren und sie bei ihrer Zeitsouveränität gegenüber dem Arbeitgeber zu stärken. Aber gerade hier traue sich die Politik nicht offensiv genug heran. So könnte die Aufweichung von Beschäftigtenschutzrechten und die Erleichterung befristeter Einstellungen hintenherum einreißen, was vordergründig durch familienpolitische Maßnahmen wie die Erhöhung des Kindergeldes oder die Einführung von Elterngeld an Maßnahmen für Familien aufgebaut wird.

Viel zu stark hinge nach Meinung Bertrams auch die ökonomische Situation von Kindern von der Lebensmodellentscheidung ihrer Eltern ab. Einzelkinder und Kinder von zusammenlebenden Ehepaaren haben ein vergleichsweise hohes, während Kinder aus Ein-Eltern-Familien das geringste Wohlstandsniveau haben. Diese Gerechtigkeitslücke würde nach Bertram schon seit 1973 nicht geschlossen werden. Das deutsche Bildungssystem würde nach Bertram in erster Linie darauf ausgerichtet sein, dass es lauter exzellent ausgebildete Menschen hervorbräche und damit automatisch weniger begabte oder benachteiligte Kinder

Inhalt dieser Ausgabe

| | |
|--|---|
| Familien und ihre Politik..... | 1 |
| Familien - Fundament der Gesellschaft..... | 2 |

| | |
|--|---|
| Betreuungsgeld: sozial- und gesellschaftspolitisch umstritten..... | 3 |
| Nachrichten..... | 4 |

und Jugendliche ausgrenze. So würde via Bildung die Steigerung des Bruttosozialprodukts durch Höchstleistungen praktiziert und gleichzeitig viele Kinder und deren Familien zurücklassen, die von der gesellschaftlichen Teilhabe weitgehend ausgeschlossen werden.

Schluss mit der Ausplünderung

Anders Jürgen Borchert, er begann seinen Vortrag mit der Aussage „Wir müssen aufhören mit dem brutalen Ausplündern von Familien.“ Er malte ein düsteres Bild der Situation von Familien in Deutschland als Minderheit, die „keinen gesellschaftlichen Patron“ hätten und hinter Kapitalinteressen einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik zurückstehen müssten. Er stritt vehement für den Ausgleich von Nachteilen der Familien gegenüber kinderlosen, die sonst „im toten Winkel an den Familien vorbeiziehen“.

Die Teilnehmenden an der Podiumsdiskussion waren sich im Grunde einig, dass sogenannte Leistungen für Familien im Grunde keine Extras wären, sondern schlichtweg einen Ausgleich von bestehenden Nachteilen herstellen sollten. Was das Kindergeld betreffe, sprach Borchert in diesem Zusammenhang von der „Rückgabe von Diebesgut an die Familien“. Angesichts der Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbrächten, sah Frau Staatsministerin Haderthauer sogar eine Bestrafung von Familien, denn „die Kosten von Kindern werden privatisiert, der Nutzen sozialisiert“.

Sowohl Borchert als auch Haderthauer äußerten sich kritisch zur Politik von Frau Bundesministerin Ursula von der Leyen, die sich nach ihrer Ansicht wohl zu „stark für die frühkindliche Fremdbetreuung“ (sprich für das Angebot der Krippenplätzen) stark machte. Eine laut Haderthauer unzulässige Einmischung in die Lebensplanung von Familien, denn „Politik sollte nicht wie eine Super-Nanny versuchen, alle Probleme zu lösen“. Besonders regte sie auf, dass den Eltern innerhalb der Bildungsdiskussion viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt würde. „Kinder müssen bildungsfähig sein, wenn sie in die Schule kommen. Die Voraussetzungen dafür sind die persönlichen Bindungen zu den Eltern“, so die Staatsministerin. So war sie auch hocherfreut, dass sie als Ergebnis der Berliner Koalitionsverhandlungen das Betreuungsfeld von 150,- Euro ab 2013 mitbringen und den Teilnehmenden verkünden konnte. „eine wegweisende Entscheidung für Familien“, wie Prof. Johannes Schröter, Landesvorsitzender des Familienbundes der Katholiken, lobte.

Einig waren sich die Podiumsteilnehmenden in der Frage der Angehörigenpflege. Die Staatsministerin machte sich stark dafür, dass auch die Pflegezeit mit Geld unterlegt werden müsste. Was für das einkommensabhängige Elterngeld gelte müsse auch für die Elternpflege gelten.

„Familien kann man nicht kaufen“ postulierte Christine Haderthauer. In diesem Sinne bedürften die finanziellen Zugeständnisse an Familien aus dem Koalitionsprogramm begleitender Ergänzung in den Bereichen Bildungs- und Zeitpolitik, damit ein Neben- und Nacheinander von Ausbildung, Erziehungs- und Pflegeaufgaben und Beruf für Frauen und Männer möglich wird. So könnte vielleicht eine Gesamtatmosphäre entstehen, wie sie sich Staatsministerin wünschte: „Dass junge Familien sagen können „Das schaffen wir schon“, dass sie den Lebensentwurf „Elternsein“ mögen“.

*Hanna Kaltenhäuser
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der ELKB*

Familien – Fundament der Gesellschaft auch in Zukunft?

Am 26. Oktober 2009 wurde in Berlin der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP unterzeichnet. In der Präambel erfahren Familien eine Wertschätzung als Fundament und Leistungsträger der Gesellschaft. Was haben die Regierungsparteien vor, damit diese Wertschätzung auch praktische Umsetzung erfährt?

Da sind Kampagnen zur Schaffung einer familienfreundlichen Arbeitswelt in Hinsicht der Verantwortung für Kinder und/ oder pflegebedürftige Angehörige und Infrastruktur in Deutschland, Einführung eines Teilerntergeldes, das bis zu 28 Monate gewährt werden soll, die Erhöhung des Kindergeldes von 20 € pro Monat und des Kinderfreibetrages auf 7008,- €, - Das sind Schritte in die richtige Richtung und doch heute schon wieder dringend reformbedürftig. Denn solche politischen Schritte bedeuten eine einseitige Besserstellung einkommensstarker Familien und bedürfen einer Erweiterung zu Gunsten jener Familien, die über ein geringes oder gar kein Einkommen verfügen.

Der mit der Einführung eines Betreuungsgeldes verbundene Grundgedanke, die Wahlfreiheit der Eltern bezüglich einer häuslich eigenen oder außerhäuslichen Betreuung zu ermöglichen und die Erziehungsleistung der Eltern anzuerkennen, wird seitens der eaf bayern grundsätzlich begrüßt. Eine ausführliche Stellungnahme dazu finden Sie auf Seite 3 dieser Ausgabe der FPI.

Die eaf bayern begrüßt ausdrücklich das Vorhaben, die Stärkung der Position und Partizipation von Kindern in der

Gesellschaft und die Anerkennung deren Rechte anzustreben. Denn werden damit eigene Forderungen und Forderungen der bayerischen Diakonie und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern aufgenommen.

So muss resümiert werden, dass die in der Präambel postulierte Wertschätzung von Familien im Koalitionsvertrag wenig konkret wird. Familien in Deutschland bzw. Bayern benötigen aber mehr als nur Absichtserklärungen, sie brauchen eine Wertschätzung und Anerkennung, die sich in konkreten un-

terstützenden Maßnahmen zeigt. Sowohl eine bessere finanzielle Absicherung von Familien als auch der bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur an den Bedarfslagen von Eltern und ihren Kindern werden hierbei in den Blick zu nehmen sein, sollen Familien auch in Zukunft Fundament und Leistungsträger der Gesellschaft sein.

*Birgit Löwe, 1. Vorsitzende der eaf bayern
Johannes Kopf, DW Bayern*

Betreuungsgeld: sozial- und gesellschafts- politisch umstritten

„Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- €, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Betreuungsgeld eingeführt werden.“ (Koalitionsvertrag, Kapitel III, Sozialer Fortschritt)

Die eaf bayern begrüßt grundsätzlich die mit der Einführung eines Betreuungsgeldes verbundenen Grundgedanken der Ermöglichung der elterlichen Wahlfreiheit und der Anerkennung der elterlichen Erziehungsleistung.

Jedoch ist die im Koalitionsvertrag aufgezeigte Umsetzung familienpolitisch unzureichend. Das geplante Betreuungsgeld – in der Höhe von 150,- €/ monatlich für die ersten drei Lebensjahre des Kindes und der Zielgruppe der Eltern, die keine außerfamiliäre Betreuung in Anspruch nehmen – wird weder einer echten Wahlfreiheit der Eltern noch einer notwendigen Wertschätzung von Eltern und deren Erziehungsleistung gerecht.

Wahlfreiheit muss dadurch realisiert werden, dass genügend qualitativ hochwertige und bezahlbare bzw. gebührenfreie Betreuungsplätze für Kinder von 0 bis 14 Jahre zur Verfügung stehen. Wahlfreiheit muss aber auch dadurch realisiert werden, dass Eltern unabhängig der Inanspruchnahme von weiteren sozialen Transferleistungen finanziell unterstützt werden. Gesellschaftliche Wertschätzung von Familien und die Anerkennung derer Leistungen für die Gesellschaft muss unabhängig von der Betreuungsform erfolgen. Zuvörderst bleibt die Verantwortung für das Aufwachsen der Kinder bei deren Eltern. Eltern, die ihre Kinder zeitweise in eine Kindertageseinrichtung geben, erziehen ebenso ihre Kinder.

Eine auch im Koalitionsvertrag erneut angedachte Gutscheinelösung, vor allem für Empfänger/innen von staatlichen Transferleistungen, wird strikt abgelehnt. Ein Gutscheinsystem ist diskriminierend, denn unterstellt es doch, dass einkommensarme Eltern nicht verantwortungsbewusst und im Interesse der Kinder haushalten können. Es beschränkt zudem staatliche Unterstützung auf ein Verpflichtungsprogramm.

Populistische Äußerungen in Bezug auf arme Familien mit und ohne Migrationshintergrund sind menschenfeindlich, negieren die Anstrengungen vieler Familien und verhindern deren Förderung und Integration umso mehr. Ein niederschwelliger Zugang zu Bildungseinrichtungen für alle Kinder und Jugendliche sowie angemessene Angebote der Familienbildung sind die Schritte in Richtung zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

Das Betreuungsgeld in der geplanten Form birgt die Gefahr in sich, dass sich traditionelle Geschlechterrollen verfestigen. Es könnte als – politisches - Signal für Frauen verstanden werden, nach der Geburt eines Kindes länger aus der Erwerbstätigkeit auszusteigen. Eine finanzielle Unterstützung von Familien muss den Wunsch der Familien zu einer gleichberechtigten Verteilung der Sorge- und Erziehungsaufgaben berücksichtigen.

Familien in Deutschland bzw. Bayern benötigen sowohl eine bessere, angemessene finanzielle Förderung und Unterstützung als auch einen an ihren Bedarfslagen orientierten Ausbau der Infrastruktur bezogen auf Ganztagsbetreuungsangebote, Ganztagschulen, Familienbildungsangeboten und weiteren notwendigen familiären Unterstützungsmöglichkeiten. Nur so werden Familien auch in Zukunft Fundament und Leistungsträger der Gesellschaft sein können.

*Birgit Löwe,
1. Vorsitzende der eaf bayern*

Selzam ist 2. Vorsitzender der eaf bayern

Die Mitgliederversammlung im November 2009 hat Herrn Diakon Ludwig Selzam in den Vorstand der eaf bayern gewählt. Die Nachwahl wurde notwendig, da die bisherige 2. Vorsitzende Evelin Göbel aus beruflich-persönlichen Gründen ihr Amt vorzeitig niederlegen musste. Diakon Ludwig Selzam ist Erster Vorstand des Evangelischen KITA-Verbandes Bayern.

„Kostenfreiheit für den Hort“

brachte Frau Staatsministerin Haderthauer anlässlich des 90 jährigen Jubiläumskongresses des Evangelischen KITA-Verbandes Bayern e.V. am 03.12.2009 in die Diskussion ein. Ein Hort ist ein qualitatives Angebot der Betreuung und Bildung Schulkinder und hat damit deutliche qualitative Vorteile gegenüber der sogenannten Offenen Ganztagschule. Familien dürfen in dieser Hinsicht nicht benachteiligt werden. Dieses Anliegen der Staatsministerin Haderthauer unterstützt die eaf bayern auf ganzer Linie.

„Seid mutig und unbequem, ...“

empfahl Ministerpräsident Seehofer den drei bayerischen Familienverbänden zum Staatsempfang der bayerischen Staatsregierung anlässlich des Doppeljubiläums 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienverbände in Bayern und 40 Jahre Landesbeirat für Familienfragen am 4. Dezember 2009 in München. 370 Teilnehmende im Umfeld der bayerischen Familienpolitik waren gekommen, um ihre Verbundenheit mit den und Wertschätzung für die bayerischen Familien zum Ausdruck zu bringen. Frau Staatsministerin Haderthauer hat in ihrer Ansprache deutlich gemacht, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Familien in den Blick zu nehmen und daraufhin adäquate Maßnahmen zu entwickeln sind. Sowohl die direkte Unterstützung von Familien als auch der bedarfsorientierte Ausbau entsprechender Infrastruktur müssen Gegenstand politischer Aktivitäten sein. Seitens der eaf bayern ist dem nichts hinzuzufügen und wird der Aufforderung des bayerischen Ministerpräsidenten Folge zu leisten sein.

Im Namen des Vorstandes und der Geschäftsführung wünsche ich ein gesegnetes Christfest und ein gutes neues Jahr mit der Jahreslosung 2010 „Jesus Christus spricht: Euer Herz erschrecke nicht. Glaubt an Gott und glaubt an mich.“

Ihre Birgit Löwe.

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)
1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzende: Diakon Ludwig Selzam, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht
Geschäftsführer: Helmut Neuburger, Redaktion: Birgit Löwe
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, Email: info@eaf-bayern.de
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.
Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

FPI 6 November / Dezember 2009, 20. Jahrgang